

Antrag
der Fraktion der SPD

**betr. Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus und
der sozialen Sicherheit Berlins.**

Die Bundesregierung wird ersucht,

Gesetzesvorlagen zu unterbreiten bzw. andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um

1. öffentliche und private Aufträge in verstärktem Umfange nach Berlin zu leiten, damit die Kapazität der Stadt voll ausgenutzt werden kann,
2. Berlin durch Linderung seiner außerordentlichen Flüchtlingsnot entscheidend zu entlasten,
3. die Fortführung eines Berliner Notstandsprogramms zu ermöglichen, damit die langfristige Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann,
4. den sozialen Wohnungsbau in Berlin weiterhin zu fördern,
5. volkswirtschaftlich wichtige Neuanlagen von Kapital in Berlin steuerlich zu begünstigen,
6. die Frachtkosten der Berliner Gesamtwirtschaft an die in der übrigen Bundesrepublik geltenden anzugleichen,
7. weitere Bundesbehörden nach Berlin zu verlegen und dort Arbeiten im Auftrage Oberer Bundesbehörden ausführen zu lassen.

Bonn, den 30. Oktober 1952

Ollenhauer und Fraktion